Nr. 173 Zweites Blatt 167. Jahrgang Donnerstag, 26. Juli 1917

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Beilagen: „Gießener Familienblätter" und „Kreisblatt für den Kreis Gießen".

Postscheckkonto: Frankfurt am Main Nr. 11686.
Bankverkehr: Gewerbebank Gießen.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Zwillingsdruck und Verlag: Brühl'sche Universitäts-Buch- u. Steindruckerei. R. Lange, Gießen.

Schriftleitung, Geschäftsstelle und Druckerei: Schulstraße 7. Geschäftsstelle u. Verlag: [illegible] 51, Schriftleitung: [illegible] 112.

Anschrift für Drahtnachrichten: Anzeiger Gießen.

Kerenski-Robespierre.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns:

Während die Heeresmacht der russischen Revolution in Ostgalizien zusammenbrach, hat sich der kleine kranke Advokat Kerenski vom Posten des Kriegsministers zu dem des Ministerpräsidenten und Diktators aufgeschwungen. Er ist tatsächlich Herr über die Revolution geworden insofern, als sein Gegenspieler Lenin aus Petersburg fliehen mußte, die Zeitung „Prawda" eingestellt und die Maximalisten jetzt als „Staatsverräter" verfolgt werden. Es war ein verzweifeltes Ringen, und offenbar kam Kerenski dabei obenauf. Aber wie lange? Schon murrt seine Partei, die sozialrevolutionäre, gegen ihn, und im Arbeiter- und Soldatenrat gelingt es nicht, die Bolschewiki unterzukriegen, die in Kerenski bereits ihren Hauptgegner sehen. Man hat den neuen Diktator einen russischen oder auch einen kleinen Napoleon genannt, man vergleicht ihn mit Gambetta und damit die neueste Lage Rußlands mit der Frankreichs 1870 nach Sedan. Aber damit ist nur die militärische Seite der derzeitigen Katastrophe, nicht die politische und die persönliche psychologische beleuchtet. Es handelt sich ja um einen neuen Akt der grandiosen inneren Umwälzung und um einen Mann, der nicht Militär trotz seiner Eigenschaft als Kriegs- und Marineminister ist, sondern der Sprecher dieser Umwälzung. Und hierin ähnelt Kerenski seiner Figur der Geschichte überraschender, als Robespierre, dem blutigen Jakobiner, dem Diktator der französischen Revolution von 1793. Auch Kerenski ist bereits der „blutige", der Beilschwinger über alle Andersgläubigen nach rechts und nach links hin. Einst, in der Duma und dann im Arbeiter- und Soldatenrat wußte er nicht laut genug gegen die Unsittlichkeit der Todesstrafe und gegen den Staat zu donnern, der nicht in ihre Beseitigung willigen mag, und heute überantwortet er die Leninisten dem Tode ohne Aburteilung, läßt das Standrecht in allen „anarchistischen" Städten verkünden und auf die Demonstranten schießen, die der von der Entente genossenen Offensive abgeneigt sind. Während er noch vor wenigen Wochen volle Amnestie für jeden forderte, der, um der Freiheit eine Gasse zu bahnen, politische Gegner niedergedolcht hatte, verkündet er jetzt das Recht auf Mord als höchstes politisches Notrecht, und verurteilt zum Tode, ohne die Verfolgten zu hören, ohne ihnen das Recht zur Verteidigung zu lassen. Und während er als Anwalt vor Gerichtsschranken so oft mit Pathos versicherte, daß es besser sei, wenn zehn Schuldige ohne Strafe bleiben, als wenn ein Unschuldiger dem Galgen verfällt, läßt er jetzt fünfzig und hundert Unschuldige niederknallen, um vielleicht einen zu treffen, der mit dem Gang der Dinge nicht einverstanden ist, dem sonderbaren Willen des „Volkes" den Gehorsam versagt und dem gefährdeten Staate, wie Kerenski ihn jetzt versteht, seinen Arm zum Schutze nicht leihen will. Auch der Jakobiner pflegte einst seine Gegner nicht als Kämpfer, sondern als Verbrecher, als Frevler an der Heiligkeit des Dogmas zu behandeln, auch er kannte nur die Todesstrafe für den Zweifel, und er hielt des Todes jeden für schuldig, der es wagte, seinem Willen auch nur in Gedanken zu widerstreben, auch er strafte nicht erst die Tat, sondern schon die Gesinnung, er stellte den Andersgläubigen außerhalb des Gesetzes und hielt es für löblich, ihn selbst dann zu töten, wenn er nicht mehr imstande war, ihm zu schaden. Vielleicht hat niemand das innerste Wesen des Terrorismus so treffend gezeichnet, wie jener Girondist, der den Männern um Marat und Robespierre zurief: „Bürger, die Furcht ist gestattet, daß die Revolution wie Saturn nach und nach alle ihre Kinder verschlingen wird." Stürzt Kerenski heute den russischen Staat nicht in dieselbe Gefahr? Und tut er es nicht mit denselben gleißnerischen und heuchlerischen Worten, mit denen einst Robespierre um sich warf und mit denen auch die Ententemänner Ribot, Lloyd George und Wilson in ihrem angeblichen Feldzug der Demokratie gegen den Autokratismus gelegentlich sich schmücken? Man halte nur die neuesten Erlasse Kerenskis an die „Bürger Rußlands" neben die Programme Robespierres. Der phrasengeschwollene Jakobiner, als er bereits durch Blutströme ging, nannte als Ziel der Revolution: „Wir wollen ein liebenswürdiges, leichtsinniges, elendes Volk durch ein großherziges, mächtiges und glückliches ersetzen und alle Laster und Lächerlichkeiten der Monarchie gegen alle Tugenden und Wunder der Republik vertauschen." Dasselbe verspricht Rußlands neuester Diktator seinem Volke und watet an der Fronten und im Innern durch ein Meer von Blut, er selbst vielleicht, wie einst sein grauenhaft ähnliches Vorbild vor 120 Jahren, schließlich ein Opfer der Rache der Massen.

Petersburg, 25. Juli (WTB.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Zu einer bei seiner Rückkehr von der Front Vertretern der Presse gewährten Unterredung sagte Ministerpräsident Kerenski: „Gegenwärtig ist die Hauptfrage die Zusammenfassung der Gewalt. Die vorläufige Regierung hat nur das Ziel der Verteidigung des Staates gegen seine Zersetzung durch Anarchie und wünscht das Heil der Armee. Die Regierung wird sich auf das Vertrauen der Volksmassen und die Armee stützen. Rußland retten und seine Einheit durch Blut und Eisen schmieden, wenn die Gründe der Ehre und des Gewissens nicht genügen. Wie es auch stehen möge; niemand wird aus der auswärtigen Lage Nutzen ziehen können, um den Versuch zu machen, den Stand der Dinge vor der Revolution wiederherzustellen. Im gegenwärtigen Augenblick ist es unumgänglich notwendig, den Rückzug zum Stehen zu bringen, die wirtschaftliche Zerrissenheit zu beseitigen und die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Die Bevölkerung soll ihre persönlichen Interessen vergessen und an die erste Stelle die Interessen des Staates rücken. Die Lage an der Front ist sehr schwer. Sie erfordert heldenhafte Maßnahmen. Trotzdem bin ich überzeugt, daß der Staatsorganismus kräftig genug ist, um den Krieg ohne eine teilweise Amputation führen zu können. Auf jeden Fall wird die vorläufige Regierung ihre Pflicht tun, die Errungenschaften der Revolution stärken und erweitern und entschlossen der verbrecherischen Tätigkeit und den Erfolgen der Verräter ein Ende setzen."

Lloyd George und Gilbert.

Im Zusammenhang mit Lloyd Georges letzter Rede ist es interessant, auch einmal eine wichtige Stimme von jenseits des Ozeans zu hören, und zwar die des amerikanischen Politikers Gilbert, der in der „Newyork Tribune" die Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes darauf lenkt, daß es gar nicht ahne, wie nahe die Gefahr sei, den Krieg zu verlieren. Diese Aeußerungen sind um so bemerkenswerter, als der Herausgeber dieser Zeitung, Reid, seit Ausbruch des Weltkrieges in der vordersten Reihe der Ententeagitatoren kämpfte und durch vielfache verwandtschaftliche und private Beziehungen mit der englischen Aristokratie und der Londoner Gesellschaft verbunden ist. Reid hätte wohl kaum dem Kassandra-Rat Gilberts in seinen Spalten Aufnahme gewährt, wenn er, wie Lloyd George, von ähnlichen optimistischen Hoffnungen beseelt gewesen wäre. So aber darf Gilbert zugeben, daß England und Frankreich von Aushungerung bedroht sind, daß die Offensive im Westen ein Fehlschlag gewesen sei und man, falls kein Mittel gegen Tauchboote gefunden wird, mit der Möglichkeit rechnen müßte, daß die Zentralmächte den Krieg gewinnen.

Es scheint danach, als ob die „Newyork Tribune" der schnell ernüchterten öffentlichen Meinung Amerikas Rechnung zu tragen genötigt ist. Für uns und unsere Verbündeten gewinnen dadurch die amerikanischen Verhältnisse immer mehr an Klarheit. Schon durch die Rede des Generals Robertson hörte man, daß es allein Wilsons Verdienst gewesen sei, wenn Amerika sich auf Seiten der Verbandsmächte gestellt hätte. Die Vereinigten Staaten sind ja unter den kämpfenden Parteien die einzige Großmacht, die ihrem Parlament gegenüber absolut unverantwortlich ist. Wenn Lloyd George und Wilson behaupten, daß sie für die Demokratisierung und Freiheit der zu den Zentralmächten gehörenden Völker kämpfen, so ist wohl die Frage berechtigt, was sie und das amerikanische Volk dazu sagen würde, wenn irgendeine fremde Großmacht, z. B. Japan, den Vereinigten Staaten den Krieg erklären wollte, um die Parlamentarisierung der amerikanischen Regierung mit Waffengewalt durchzusetzen.

Die Völker des Vierbundes werden kaum im Zweifel sein, wem sie mehr Glauben schenken sollen, dem Redeschwall von Lloyd George oder den Ausführungen der einflußreichen „Newyork Tribune". Im übrigen überlassen wir es ruhig unseren wackeren Unterseebooten, dem deutschen Volke den Beweis zu erbringen, was wertvoller einzuschätzen ist, Lloyd Georges, aus Verlegenheit geborenen, auf Stimmungsmache berechneten Worte, oder deutsche Taten, und die Geschichte wird dereinst über den Wortkünstler Lloyd George ebenso den Stab brechen, wie sie die Taten unserer Unterseebootsleute als Höchstleistungen menschlicher Tatkraft und vaterländischer Hingabe würdigen wird.

Aus Stadt und Land.

Gießen, 26. Juli 1917.

** Der Lebensmittelführer. Da niemand leugnen kann, daß es auch für die gewissenhafteste Hausfrau immer schwieriger wird, sich in den zahllosen Bekanntmachungen über Lieferungstermine, Mengen usw. der Lebensmittel zurechtzufinden, ist eine Art Führer durch diese Wirren, wie ihn K. Wernicke im nächsten Heft der bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart erscheinenden Zeitschrift „Ueber Land und Meer" schildert, mit Freude zu begrüßen. Er soll es jedermann ohne besondere Mühe möglich machen, sich an alle einzelnen Bekanntmachungen zu halten und keinen einzigen Termin zu versäumen. Zu diesem Zweck bedient man sich eines gewöhnlichen Oktavheftes, das entsprechend den 31 Tagen eines Monats genau 31 Blätter enthält. Auf die rechte Seite eines jeden der Blätter klebt man ein weißes Blatt Papier von der halben Größe der Heftseite mit dem unteren Rand und den beiden Seitenrändern fest, so daß eine nach oben offene Tasche entsteht und das ganze Heft 31 derartige Taschen enthält. Diese Taschen werden von 1 bis 31 numeriert. Bezeichnungen für Wochentage und Monatsnamen bringt man aber nicht an, damit das Heft in jedem Monat von neuem benutzt werden kann. Nun schneidet man aus der Zeitung die Lebensmittelbekanntmachungen heraus und steckt jede in die Tasche, deren Nummer dem angegebenen Monatstage der Lebensmittellieferung entspricht. Wenn mehrere Bekanntmachungen auf einen einzigen Lieferungstermin fallen, kommen sie natürlich alle gemeinsam in dieselbe Tasche. Wenn andererseits eine einzige Bekanntmachung für eine bestimmte Lebensmittelgattung mehrere Termine enthält, so wird nach Erledigung des ersten Termins diese ausgestrichen, und der Ausschnitt übersiedelt in die Tasche des zweiten Termins usw. Wenn in der geschilderten Weise alle Ausschnitte in dem Heft untergebracht sind, erübrigt es sich nur noch, jeden Morgen in diesem eigenartigen Lebensmittelführer nachzusehen, ob die Tasche des betreffenden Tages Ausschnitte enthält. Nach Erledigung der Käufe werden die bezüglichen Ausschnitte entfernt und vernichtet.

Landkreis Gießen.

* Hattenrod, 24. Juli. Das Eiserne Kreuz und die Hessische Tapferkeitsmedaille erhielt Seminarist Hch. Graulich bei einem Inf.-Regt., zuletzt in einer Offz.-Aspir.-Komp.

:: Billingen, 24. Juli. Die traurige Nachricht traf ein, daß unser verehrter Lehrer Christian Walter, Unteroffizier in einem Inf.-Regt., am 12. Juli eine schwere Granatverletzung erhielt, an der er am 13. Juli im Kriegslazarett zu Neuvange erlag. Ein tüchtiger Lehrer wird von der Gemeinde betrauert; ein herzensguter, tadelloser Mensch ist für sein Vaterland gefallen. Walter war zum Offizierskursus vorgeschlagen und sollte demnächst in die Heimat zurück. Er hinterläßt eine Witwe mit einem 3jährigen Töchterchen. Sein Angedenken wird in unserer Gemeinde in Ehren gehalten.

Kreis Büdingen.

Büdingen, 25. Juli. Das Eiserne Kreuz erster Klasse erhielt der Leutnant Werner Gebb. — Das Eiserne Kreuz erhielten die Geometer Klos und Weidmann, bereits früher Hessische Tapferkeitsmedaille.

Echzell, 25. Juli. Fürs Vaterland starb in Toulouse (Südfrankreich) infolge der erhaltenen schweren Verwundung der Musketier Hugo Stoll, Inhaber des Eisernen Kreuzes.

Nieder-Mockstadt, 25. Juli. Das Eiserne Kreuz erhielt der Landsturmmann Heinrich Eckel.

Kreis Lauterbach.

§ Bermuthshain, 24. Juli. Dem Bezirkspräsidenten des Hofischbezirks Herbstein, Förster Wilhelm Billemuth, hier, wurde vom Großherzog das Kriegsehrenzeichen verliehen.

Kreis Schotten.

Schotten, 25. Juli. Die Felddiebe sind auch hier am Geschäft. Einem hiesigen Landwirt wurden aus einem Kartoffelacker eine große Anzahl Sträucher ausgezogen, der Knollen beraubt und die Sträucher wieder säuberlich in die Erde gesteckt. In einem Garten wurden Gurken gestohlen und die übrigen Reben, da hie Tat bei Nacht geschah, zertreten. Ferner wurden Hühner und Hasen aus Ställen entwendet. — Landwirte aus Steinfels, Eichelsachsen, Wingershausen, Ulfa und Rainrod erhielten wegen Verheimlichung und unrichtiger Angabe von Getreide und Mehl im Februar ds. Js. Strafbescheide bis 100 Mk.

Burkhards, 25. Juli. Die Hessische Tapferkeitsmedaille erhielt der Dragoner Wilhelm Ruhl, in einem Garde-Drag.-Regt.

Gedern, 25. Juli. Die Gemüsevermittlungsstelle für den Bezirk Gedern erhielt der Bertrauensmann Wilhelm Hofmann.

Alsbach, 25. Juli. Die Hessische Tapferkeitsmedaille erhielt Lehrer Heinrich Groh bei einer Telegraphen-Abteilung.

Kreis Friedberg.

Reichelsheim, 25. Juli. Zum Offiziersstellvertreter befördert wurde der Lehrer Karl Vogt, gleichzeitig erhielt er das Eiserne Kreuz.

Hessen-Nassau.

Fr. Frankfurt a. M., 24. Juli. Im Interesse des leichteren Geldverkehrs haben die städtischen Behörden von Frankfurt und Hanau sich geeinigt, daß von ihnen ausgegebene Notkleingeld wechselseitig anzunehmen und einzulösen

Sitzung der Stadtverordneten.

Gießen, 25. Juli 1917.

Die auf heute nachmittag 4 Uhr anberaumte öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nahm, da nur 5 Punkte zur Beratung standen, einen raschen Verlauf. Anwesend waren die Beigeordneten Emmelius und Grünewald sowie die Stadtverordneten Ebel, Eichenauer, Faber, Heichelheim, Huhn, Jann, Leib, Löber, Orbig, Petri, Blank, Schaffstaedt, Urstadt, Betters, Winn und Wimmenauer.

Zu Urkundspersonen wurden gewählt die Stadtverordneten Heichelheim und Winn.

Oberbürgermeister Keller eröffnete die Sitzung und begrüßte zuerst Stadtverordneten Orbig, der nach langer schwerer Krankheit zum ersten Male wieder der Sitzung beiwohnen konnte. Sodann übermittelte er den Dank des Vereinigten Kaninchenzuchtvereins für den von der Stadtverordnetenversammlung bewilligten Zuschuß.

Bei dem Baugesuch des Friedrich Groß für das Grundstück Reuenweg 32 handelt es sich um die Errichtung eines Kamins. Die Baudeputation befürwortet die Befreiung von § 18 des Ortsbaustatutes unter der Bedingung, daß die Anordnungen der Brandversicherungsinspektion eingehalten werden. Das Gesuch wurde genehmigt, ebenso ein nicht auf der Tagesordnung vermerktes Gesuch der Eisenbahnverwaltung um Genehmigung, das Bahnwärterhaus an der Licher Straße mit einer weißen Einfriedigung zu versehen.

Zu Punkt 3: Vorlage der Rechnung der Stadtkasse und des Stadterweiterungsfonds für 1913 stellte Stadtverordneter Heichelheim fest, daß kein Anlaß zu Anständen gefunden worden sei.

Zu Punkt 4 beantragte Oberbürgermeister Keller die Beschaffung einer Turbine für das Elektrizitätswerk. Die Kosten, 13 000 Mk., gehen zu Lasten des Erneuerungsfonds.

Stadtverordneter Schaffstaedt erkundigte sich, ob die alte Turbine nicht wieder betriebsfähig gemacht werden könne, was Oberbürgermeister Keller verneinte.

Stadtv. Betters führte aus: Schon vor Jahren habe der Direktor des städtischen Gas- und Wasserwerkes die Anschaffung einer weiteren Turbine beantragt, um die Wasserkraft besser auszunützen und erkundigte sich, ob die Neuanschaffung nicht mit jenem alten Projekte vereinigt werden könnte.

Oberbürgermeister Keller erklärte, der Ersatz der Turbine sei von dem Wasserkraftprojekte unabhängig. Jenes Projekt könne erst einige Jahre nach dem Kriege verwirklicht werden, wenn die erforderlichen Materialien besser zu beschaffen seien. Durchgeführt müsse es auf jeden Fall werden, um bei den erhöhten Kohlenpreisen die billigere Energiequelle auszunützen.

Zu Punkt 5 führte Oberbürgermeister Keller aus, eine Reihe von Leuten, die in städtischen Häusern zur Miete wohnen oder städtisches Eigentum gemietet haben, seien um Ermäßigung oder Stundung der Pachtsumme eingekommen. Um nicht jedesmal die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung einholen zu müssen, sei es vorteilhaft, wenn die Deputation ermächtigt werde, selbständig von Fall zu Fall ihre Entscheidungen zu treffen. Der Antrag wurde genehmigt.

Außerhalb der Tagesordnung erkundigte sich Stadtv. Winn nach einer Eingabe, die städtische Kohlen- und Holzversorgung betreffend, die er am 28. Juni gemacht habe. Die Eingabe befürwortet unter anderem, der Bevölkerung Holz zu annehmbarem Preise zur Verfügung zu stellen.

Oberbürgermeister Keller antwortete, daß die land- und forstwirtschaftliche Deputation im Sinne der Eingabe beschlossen habe.

Eine weitere Anfrage des Stadtv. Winn, ob beschlossen worden sei, Nußbäume auf städtischem Grunde anzupflanzen, wurde ebenfalls bejahend beantwortet.

Beigeordneter Grünewald fügte hinzu, daß Nußbäume nur an geschützten Stellen angepflanzt werden könnten und daß beschlossen worden sei, den Rat der Stadtgärtner über Anpflanzungsstellen einzuholen. Zu der Frage, unter welchen Umständen Nußbäume am besten gedeihen, äußerten sich noch die Stadtv. Winn, Huhn und Schaffstaedt.

Beigeordneter Grünewald führte sodann aus, daß der Gewerbebetrieb eines hiesigen Gipsformers, in dem Oelsaaten geschlagen werden, seit einigen Tagen von Gendarmen bewacht werde, um die Landleute, die ihre Oelsaat dorthin bringen, untersuchen zu lassen. Er sagte dieses Verfahren als geschwidrig, da die Untersuchungen, ob die zugestandene Oelmenge nicht überschritten werde, nur den örtlichen Bürgermeistereien zukomme. In diesem Falle habe das Verfahren eine für die Stadt schädliche Nebenwirkung, da 7—800 Landleute, die täglich dort mahlen ließen, abgeschreckt würden und sich an andere Mühlen wendeten. Dadurch werde der städtische Betrieb geschädigt. Besonders aber müsse dagegen Stellung genommen werden, daß die städtischen Schutzleute mißbraucht würden, bei den Untersuchungen behilflich zu sein.

Die Stadtverordnetenversammlung wandte sich einstimmig gegen das geschilderte Vorgehen und Oberbürgermeister Keller versprach, sich an die maßgebende Stelle zu wenden, um Abhilfe zu schaffen.

Weiter beanstandete Beigeordneter Grünewald, daß in der Stadt ein geschmackloses Flugblatt verteilt werde, mit dem Titel „Deutschland zum Tode verurteilt". Das Flugblatt, das von der Kriegsamtsstelle ausgehe, sei geeignet, Unruhe zu erregen. Er ersuchte daher, die städtischen Schutzleute nicht, wie vorgeschrieben, zur Verteilung des Flugblattes zu benützen.

Stadtv. Betters bezeichnete das Flugblatt ebenfalls als geschmacklos. Die Bürgerschaft wisse, was sie von solchen Hetzereien zu halten habe. Es sei daher eine Verteilung durch städtische Schutzleute zu verhindern.

Den Ausführungen des Beigeordneten Grünewald schloß sich auch Stadtverordneter Ebel an. Der Inhalt des Flugblattes sei bereits vor vier Wochen im „Matin" erschienen. Die Art und Weise, mit der Verbreitung dieses Flugblattes Stimmung machen zu wollen, habe in weiten Kreisen Widerspruch hervorgerufen.

Stadtv. Betters betonte, es sei unsinnig, solche Hetzereien zu verbreiten, da sie in ähnlicher Weise auch in deutschen, alldeutschen Blättern erschienen, worauf Stadtv. Ebel die deutsche Presse in Schutz nahm, die niemals ein Dokument so niedriger Gesinnungsart wie das des „Matin" hervorgebracht habe.

Oberbürgermeister Keller schloß sich der Ansicht seiner Vorredner, die Verbreitung des Flugblattes sei überflüssig, an, da man doch wisse, daß die feindliche Presse jedes Maß überschreite. Daher werde er anordnen, daß die städtischen Schutzleute nicht zur Verbreitung des Flugblattes benützt werden.

Hiermit war die öffentliche Sitzung beendet.